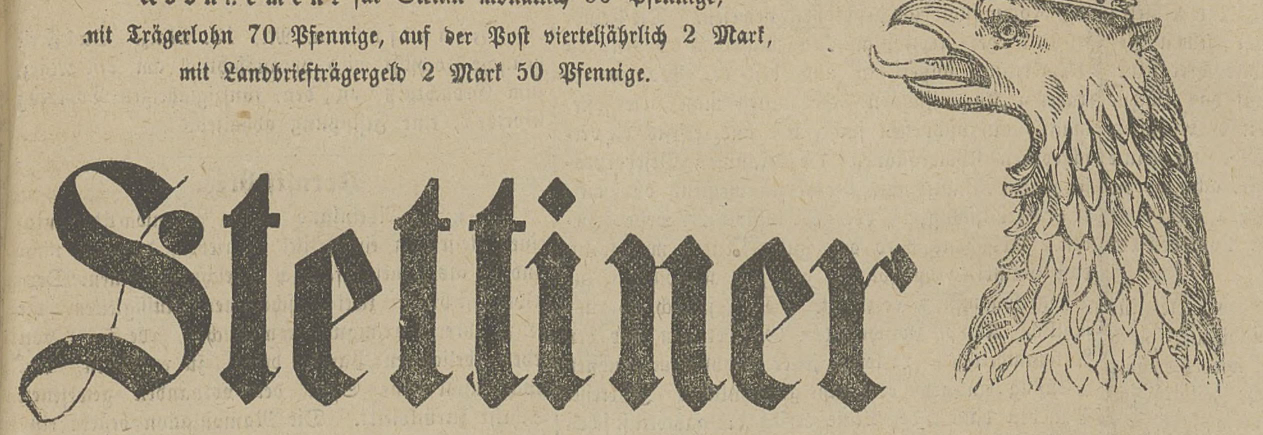
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 17. März 1882. Nr. 129.

Deutschland.

Berlin, 16. März. Die „Prov.-Korresp." feiert den Sieg des Staatseisenbahn-Systems wie folgt:

Das Abgeordnetenhaus hat dem von der Staatsregierung beantragten Ankauf von sechs Privateisenbahnen, unter denen sich wirthschaftlich und militärisch wichtige Linien befinden, in zweiter Berathung nach verhältnißmäßig kurzen Verhandlungen seine Zustimmung ertheilt.

Hiermit ist die Durchführung und Vollendung des Staatsbahnsystems im Prinzip von dem einen Theil der Landesvertretung als nothwendig und richtig anerkannt worden, und hiermit findet zugleich ein langjähriger Kampf zu Gunsten des von der Regierung mit Nachdruck vertretenen und vertheidigten Eisenbahnsystems seinen Abschluß.

Man wird die Bedeutung dieser Entscheidung am besten zu würdigen vermögen, wenn man sich kurz des Ganges, den die Entwickelung dieser Frage genommen, wie der Hindernisse erinnert, welche die lange Zeit unbestrittene, jetzt aber gebrochene Herrschaft der Theorie der freien Konkurrenz und der Glaube an die Unumstößlichkeit des allein auf dem wirthschaftlichen Selbstinteresse beruhenden privatwirthschaftlichen Systems im Allgemeinen und so auch gegen das Staatseisenbahnsystem groß gezogen hatte.

Auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens hatte ebenso, wie auf allen anderen Gebieten des Erwerbslebens, die Macht der privatwirthschaftlichen Thätigkeit so überhand genommen, daß sie die Interessen des Staates beengte und beschränkte und das öffentliche Verkehrswesen fast vollständig in den Dienst von finanziellen Privatinteressen stellte. Gegen die Vereinigung dieser Interessen, die zu einer Art Privatmonopol wurde, war der Staat fast ohnmächtig. Es kam hinzu, daß auch bei der Anlage neuer Eisenbahnunternehmungen Uebelstände sich bemerkbar machten, welche auf die Nothwendigkeit, das öffentliche Verkehrsleben, so weit thunlich, der Privatspekulation zu entziehen, hinwiesen.

Die Begründung des Reichs, dessen Beaufsichtigung nach der Verfassung auch das Eisenbahnwesen unterliegen sollte, und welchem auch in seinen Gliedern eine einheitliche Verwaltung der Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs vorbehalten ist, ließ die Uebelstäude und Nachtheile des Eisenbahnwesens nur noch deutlicher empfinden und gab so dem Reichskanzler den Anstoß zu dem Gedanken einer Eisenbahnreform, deren Ziel sich zunächst auf den Erwerb aller Eisenbahnen für das Reich richtete.

Dieser Gedanke fand jedoch bei den verbündeten Regierungen nicht den Anklang, auf welchen man rechnen zu können glaubte; er erregte vielmehr Befürchtungen, in welchen der Kanzler — wie er sagte — „einen geringen Glauben an Recht und Gerechtigkeit in Deutschland" erblickte. Dem Reichskanzler lag es fern, irgend welchen Druck auf die verbündeten Regierungen zu üben, zumal er die Berechtigung des Reichs in dieser Beziehung in Abrede stellte. Aber durch diese Wendung konnte und sollte nicht verhindert werden, „daß wir uns in unserem Hause selbst vorläufig so einrichten, wie es unserem Interesse entspricht". Um den Gedanken zu verwirklichen, daß die Eisenbahnen, wie schon in einigen Bundesstaaten, so auch im ganzen Reich in Zukunft lediglich dem öffentlichen Verkehrsinteresse dienen, mußte Preußen sich in den Besitz eines großen Eisenbahnkomplexes zu bringen suchen.

„Wir sind in Bezug auf den Eisenbahnverkehr — so sagte Fürst Bismarck damals — in eine Lage gerathen, wie sie sonst seit dem Mittelalter Deutschland nicht eigenthümlich war. Wir haben in ganz Deutschland, glaube ich, 63 verschiedene Eisenbahnprovinzen — das iß fast zu wenig gesagt, sie sind selbstständiger als Provinzen, Eisenbahnterritorien möchte ich sagen — von denen vielleicht 40 auf Preußen kommen werden. Jede dieser territorialen Herrschaften ist nun mit den mittelalterlichen Rechten des Stapelrechts, des Zoll- und Geleitwesens und Auflagen auf den Verkehr nach Willkür zu Gunsten ihres Privatsäckels vollständig ausgerüstet, ja selbst mit dem Fehderecht. Daß diese Zustände nicht dem Ideale entsprechen, das die Reichsverfassung aufstellt, daß sie das nicht einmal in Preußen thun, dem kann, glaube ich, nur dadurch abgeholfen werden, daß auch in Preußen ein anderer Weg der Abhülfe als bisher versucht würde, wenn der Uebergang an das Reich nicht stattfände."

Dieses Programm, nämlich das der Durchführung des Staatseisenbahnsystems in Preußen, wurde im Jahre 1876 aufgestellt und ist seitdem von der Staatsregierung als Richtschnur ihrer Eisenbahnpolitik festgehalten worden.

Es hat nicht an Hindernissen mancherlei Art, die sich dem Unternehmen entgegenstellten, gefehlt. Diejenige Partei, welche allein in der freien Konkurrenz und in der privatwirthschaftlichen Thätigkeit alles Heil für den Staat sowohl wie für den Einzelnen erblickt, hat sich allen auf den Ankauf von Privatbahnen bezüglichen Vorschlägen der Staats-Regierung widersetzt und somit den wahren Fortschritt aus jenen „mittelalterlichen Zuständen" heraus zu hindern versucht. Freilich konnte hiermit der Sieg des Staatsgedankens nicht aufgehalten werden, ja die zwingende Gewalt desselben erkannten schließlich die Gegner selbst dadurch an, daß sie der Durchführung des Staatsbahnsystems kaum noch nennenswerthen Widerstand entgegensetzten und dieselbe nur noch aus völlig belanglosen Gesichtspunkten zu bekämpfen suchten.

Ein Theil der Liberalen jedoch, welcher in früheren Zeiten gleichfalls den alten Grundsätzen der britischen Volkswirthschaftslehre anhing, hat der großen Eisenbahnreform thätige und werthvolle Unterstützung geliehen und somit an sich selbst bewiesen, daß der Gedanke einer Ausdehnung der produktiven Thätigkeit des Staats und demgemäß einer Beschränkung der privatwirthschaftlichen Thätigkeit immer weiter um sich greift und entgegenstehende Ueberzeugungen siegreich verdrängt. Dieser Gedanke wird gewiß auch auf anderen Gebieten seine Macht ausüben nnd Verbreitung finden: die ganze geschichtliche Entwickelung drängt darauf hin und wird sich durch die Anhänger der liberalistischen Wirthschaftstheorie sicherlich nicht aufhalten lassen.

Freilich hat der Abschluß der Eisenbahnreform noch in letzter Stunde durch eben jene Liberalen, welche für dieselbe eingetreten sind, einen kleinen Aufschub erfahren, indem sie den rein formalen Einwand erhoben, daß sie die endgültige Genehmigung des Gesetzes von der Zustimmung des Herrenhauses zu dem Entwurf, welcher über die Verwendung der Jahresüberschüsse der Eisenbahnen Bestimmung trifft, abhängig machen müßten. An dieser Zustimmung zu zweifeln, lag wohl kein Grund vor, so daß dieser Vorbehalt gegenüber der großen Thatsache des endlichen prinzipiellen Abschlusses der Reform kaum in's Gewicht fällt, aber auch nicht recht begründet erscheint.

Die Vorbedingung zu erfüllen, wird voraussichtlich keine Schwierigkeiten machen. Wie zuversichtlich anzunehmen ist, wird auch im Herrenhause der Staatsgedanke, von welchem die Eisenbahnreform getragen wird, kräftige Unterstützung und Anerkennung finden, wie diese hohe Körperschaft stets sich als ein eifriger Förderer der Interessen des Staates erwiesen hat.

Somit wird dann im Wesentlichen das erreicht sein, was Fürst Bismarck vor sechs Jahren als nächstliegendes Ziel der Eisenbahnreform aufstellte, als er sagte:

„Ich halte die Eisenbahnen dazu nicht in der Hauptsache bestimmt, ein Gegenstand finanzieller Konkurrenz zu sein, um das Höchstmögliche herauszuschlagen; die Eisenbahnen sind nach meiner Ueberzeugung viel mehr für den Dienst des Verkehrs als für den Dienst der Finanzen bestimmt."

— Die Privatschulen sind jetzt wieder Gegenstand besonderer Beachtung der obersten Unterrichtsverwaltung geworden. So hat neuerdings der Unterrichtsminister in Auslegung der auf Grund der Kabinetsordre vom 10. Juni 1834 erlassenen Staatsministerial-Instruktion vom 31. Dezember 1839 entschieden: 1) daß die Konzessionen zur Errichtung von Privatschulen und die über letztere zu führende Aufsicht in allen Fällen, d. h. auch dann, wenn es sich um solche Privatschulen handelt, die ein höheres als das Ziel der Elementarschulen verfolgen und andere als im schulpflichtigen Alter befindliche Schüler zu Unterricht und Erziehung aufnehmen, zum Amtsbereich der Regierungen gehören; 2) für die Prüfung der Qualifikation der Leiter bezw. der Lehrer jeder Privatschule diejenigen Forderungen maßgebend sein sollen, welche bei öffentlichen Schulen von gleicher Höhe der Unterrichtsziele an die Lehrer gestellt werden müssen; 3) daß bezüglich der Beaufsichtigung der Privatschulen die im § 7 der Instruktion gegebenen Vorschriften maßgebend bleiben. Zu den dem Geschäftsbereiche der Regierung unterstellten Schulen zählen hiernach auch in Zukunft alle Privatschulen, welche den Zweck verfolgen, zu einer militärischen Prüfung vorzubereiten. Demgemäß sollen alle mit einer Konzession noch nicht versehenen Leiter, Vorsteher oder Lehrer von Privatschulen irgendwelcher Gattung zur Vermeidung der Schließung der Schulen aufgefordert

Feuilleton.

Etwas über Photographie.

Als Daguerre's große Erfindung zuerst bekannt wurde, faßte eine Art Schwindel die gebildete Welt. Männer, wie Alex. v. Humboldt ergingen sich in den kühnsten Phantasien über die Zukunft der neuen Entdeckung und die Dienste, die sie Kunst und Wissenschaft leisten werde. Sieht man zu, wie weit diese hochgespannten Erwartungen sich erfüllt haben, so findet man das interessante Faktum, daß die Photographie auf dem industriellen Gebiete zwar weit die Hoffnungen überflügelt hat, die sie gleich zu Anfang weckte, indem sie zu einer mächtigen Geschäftsbranche mit vielen Abzweigungen erwuchs, und ihren Einfluß auf die übrigen Kunstgewerbe und das große Publikum in ungeahnter Weise ausdehnte; daß dagegen auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft die Photographie noch immer nicht den Einfluß gewonnen hat, den sie in so hohem Grade auszuüben berechtigt ist und den man schon in der Wiege für sie voraussagte. Der Grund dieser eigenthümlichen Erscheinung ist nicht schwer zu finden: bei ihrer so rapiden Fortentwickelung, die nach kurzer Zeit die neue Disziplin in all ihren Einzelheiten und Verzweigungen zum Studium eines Menschenleben werden ließ, hat sie sich so sehr von ihrer ursprünglichen Einfachheit entfernt, daß nur der sie bis vor Kurzem erfolgreich auszuüben vermochte, der sich ununterbrochen mit ihr beschäftigte und sie zum eigentlichen Zwecke seines Lebens machte. Das galt nicht nur von Fachphotographen, sondern auch von Liebhabern (Amateuren), die sich fast nur aus der Zahl der wohlhabenden Mittelklassen in England rekrutirten, ihr Leben der neuen Kunst in uneigennützigster Weise widmeten, und nicht zum Wenigsten zu ihrer Weiterbildung beitrugen.

Da mit einem Schlage änderte sich die Sachlage. Durch die Vervollkommnung des Bromsilber-Emulsionsverfahrens war plötzlich die Möglichkeit geboten, dem Amateur fertige zuverlässige Platten ersten Ranges in die Hand zu geben, Platten, die an Empfindlichkeit Alles übertrafen, was der beste Fachphotograph bisher sich hatte träumen lassen, und die in verhältnißmäßig leichter Weise und mit Vermeidung aller früheren, für den Laien so unangenehmen unsauberen Manipulationen Bilder lieferten, die nicht selten den besten von berufsmäßigen Photographen gefertigten sich an die Seite stellen konnten. Der Erfolg blieb nicht aus. Ein Dilettantenverein nach dem andern ward im kürzesten Zeitraum in England gegründet, und die Photograhie ist auf dem besten Wege, dort in der großen Menge der Bevölkerung auch praktisch festen Fuß zu fassen.

Anders in Deutschland. Die Zahl der Leute ist bei uns nicht groß, die wohlhabend genug sind, um nur zum Vergnügen oder um ihre müßige Zeit auszufüllen, die Photographie zu treiben. Wohl aber ist kein Land reicher an Gelehrten und Künstlern, den Leuten, für die die Photographie von Anfang an als Helferin so recht eigentlich prädestinirt war. Mag der Gelehrte nun in seinem Studirzimmer, im Laboratorium, auf Forschungsreisen thätig sein, überall vermag ihm die Photographie die wesentlichsten Dienste zu leisten; sie beobachtet für ihn mit untrüglicher Sicherheit und fixirt das Beobachtete mit der höchsten Treue; sie spart ihm nicht nur Zeit, sondern liefert seinen Arbeiten eine faktische, von jedem Einwand freie Unterlage, aus der alle persönlichen Beobachtungsfehler ausgemerzt sind. Das gilt vor Allem von den Aufnahmen, die auf Reisen gemacht werden, und die der Natur der Sache nach, sobald sie auf andere Weise, sei es mit der Camera lucida, sei es mit zeichnender Hand, hergestellt sind, niemals vollkommen einwandfrei sein können. Und welche Fülle von Forschungen läßt sich in solchen photographischen Platten deponiren! Gebirgsformationen, Vegetationscharaktere, einzelne Pflanzen und Thiere, menschliche Typen — sei es in Form der sogenannten physiognomischen Aufnahmen, oder der mehr malerischen Kostüm- und Gruppenbilder, — Städtebilder und endlich Alles, was in das Gebiet der Archäologie schlägt, Denkmäler vergangener Jahrhunderte, Inschriften, Skulpturen.

Und fast in allen diesen Punkten läuft dem Interesse des Gelehrten das des Künstlers parallel. Auch für ihn hat die Fixirung des auf der Studienreise Gesehenen den höchsten Werth. Wie träg ist nicht oft der Stift da, wo Zeit mangelt, in der Wiedergabe des Gesehenen, und mit wie unzureichenden Andeutungen muß sich der Künstler dann begnügen! Und jetzt, wo in den Emulsionsplatten mit ihren rapiden Expositionen eine ganz neue Macht der momentanen Fixirung von Situationen in unsere Hand gegeben ist, wie erlahmt dagegen selbst der flüchtigste Stift! Darum sollte an die Stelle des Skizzenbuches oder doch dasselbe begleitend beim reisenden Künstler die photographische Kamera treten, so daß es ihm möglich wird, seine Wanderungen in bisher ungeahnter Weise auszunutzen und eine Fülle von Stoff mit sich nach Hause zu tragen, die zu sammeln er bisher verzweifeln mußte.

Um solchen Bedürfnissen zu genügen, hat die Firma J. F. Schippang u. Co., Berlin, Prinzenstraße 24, eine Reihe von Apparaten konstruirt, die dem Dilettanten gerade das bieten, was er für seine Zwecke braucht. Sie ersparen ihm ein langwieriges und kostspieliges Herumsuchen nach den für ihn verwendbaren Formen, und setzen ihn bei der Benutzung der beigegebenen Erklärungen nach kurzer Uebung in den Stand, die Photographie den Hülfsmitteln seiner Studien hinzuzufügen, und zwar in jener selbstständigen Weise, die niemals durch die wenn auch technisch viel vollkommeneren Leistungen irgend eines zu Hülfe geholten Fachphotographen ersetzt werden kann.

Die illustrirte Preisliste der Bedarfsartikel zum Trockenverfahren mit den nöthigen Gebrauchsanweisungen versendet die angeführte Firma gratis. Wir sind überzeugt, daß bei dem, im Verhältniß zu dem Nutzen, billigen Preise eines kompleten Trockenplatten-Apparats auch in Deutschland die Photographie bald mehr Sache der Liebhaberei werden wird. Wir machen daher alle Freunde der photographischen Kunst auf dieses prächtige, so ungemein vereinfachte Verfahren aufmerksam.

Wach' auf!

(Ein Frühlingsgruß.)

Wach auf! Du müde, traumumfang'ne Erde!
Den langen Schlaf — du hast ihn nun vollbracht!
Wach' auf! Es ruft des Herrn allmächtig „Werde"!
Den Tag hervor aus langer Winternacht!

Hörst in den Lüften du das ferne Klingen?
Das ist des Frühlings leiser Flügelschlag!
Es naht dein Freund, dir Licht und Trost zu bringen!
Es naht voll Glanz Dein Auferstehungstag!

Und du, o Herz — kannst du den Trost verstehen,
Den dir der Herr durch seinen Boten schickt?
Verzage nicht! Es giebt ein Auferstehen
Für jede Blüthe, die der Sturm geknickt!

Und jeder Nacht muß einst ihr Morgen tagen!
Auf jeden Winter folgt ein gold'ner Mai!
Des Menschen Herz, es muß sein Kreuz nur tragen,
Daß die Erlösung um so sel'ger sei!

Wach' auf! Das gilt dem Herzen wie der Blüthe!
Gott spricht's zu Allem, was sein Wort erschuf!
Die längste Nacht bannt endlich seine Güte!
Den tiefsten Schlaf durchtönt sein Lenzesruf:
Wach' auf!

Helene v. Götzendorff-Grabowski.

werden, diese unter genauer Beachtung der bestehenden Vorschriften durch die zuständige Ortsschulbehörde bei der Regierung ihres Bezirks nachzusuchen. Was nun die vorerwähnte Beaufsichtigung der Privatschulen betrifft, so soll sich nach der angezogenen Gesetzstelle diese Aufsicht „nicht nur im Allgemeinen auf die Handhabung der Schulzucht und den Gang des Unterrichts, sondern auch im Besonderen auf die Einrichtung des Lehrplans, die Wahl der Hilfslehrer, Lehrbücher und Lehrmittel, die Lehrmethode, Schulgesetze, die Zahl der Schüler und selbst auf das Lokal der Privatschulen und Privat-Erziehungsanstalten erstrecken. Zeigen sich in solchen Anstalten Verkehrtheiten und Mißbräuche, welche die Jugend verbilden oder ihrer Sittlichkeit und Religiosität Gefahr drohen; wird die Jugend vernachlässigt oder ist sie unfähigen und schlechten Lehrern anvertraut und wird ein solcher Uebelstand auf die Erinnerung der Ortsschulbehörde nicht abgestellt, so ist dieselbe verpflichtet, auf eine Untersuchung bei der königlichen Regierung anzutragen, und die letztere ist befugt, nach Befinden der Umstände den Erlaubnißschein zurückzunehmen und die Privatschule und Privat-Erziehungsanstalt schließen zu lassen."

— Die „Germania" scheint angesichts des kleinen Unglücks, welches dem offiziösen Telegraphen-Bureau mit dem Telegramm über den Empfang des Herrn von Schlözer durch den Papst widerfahren ist, sehr schadenfroh gestimmt zu sein; sie schreibt:

„Es fragt sich, wer hatte die italienische Telegraphenagentur in den Stand gesetzt, dieses Telegramm über eine Audienz zu veröffentlichen? Von der schweigsamen vatikanischen Diplomatie hat die „Agenzia" zweifellos keinerlei Mittheilungen über eine so delikate Angelegenheit erhalten. Es ist zu beachten, daß die Offiziösen das fragliche Telegramm weder berichtigen, noch dementiren, sondern es nur für unmöglich erklären, „die Bürgschaft für die Richtigkeit des Inhaltes jener Mittheilung zu übernehmen". Damit ist also weiter nichts erzielt, als daß die Offiziösen sich einer Aeußerung über den Inhalt des Telegramms entheben. Nebenbei bemerkt, fand sich in dem Muttertelegramm der „Agenzia" noch der Satz: „Es bestätigt sich, daß der Sekretär und der Kanzler der deutschen (soll heißen: preußischen) Gesandtschaft Katholiken sein werden." Die „C. T. C." hat diesen Satz weggelassen. Wir wollen hoffen, daß sich nicht die Nachricht der „Gazzetta d'Italia" bestätigt, wonach der Legationssekretär Graf Ludwig Arco Vallay, der während des Konzils Attaché bei der bairischen Gesandtschaft am Vatikan war und Herrn von Döllinger Stoff für seine Agitation lieferte, nach Rom zurückkehren werde. Es ist schon wiederholt im Parlamente betont worden, daß uns ehrliche Protestanten noch lieber sind, als sogenannte Katholiken, welche diesen Namen mit Unrecht tragen."

Der letztere Satz bestätigt die Richtigkeit dessen, was der Kultusminister von Goßler dieser Tage über den Sinn der klerikalen Forderung nach Bearbeitung der katholischen Angelegenheiten durch „Katholiken" bemerkte. Im Uebrigen läßt der Ton, in welchem die „Germania" von dem Telegramm spricht, vermuthen, daß die Aeußerung des Papstes doch wohl in einem gewissen Gegensatz zu der Versicherung stand, wir befänden uns mit Sr. Heiligkeit in den „höflichsten Beziehungen".

— Ueber die Skobelew-Affaire geht der „N. Z." aus Petersburg, 15. März, folgendes Telegramm auf indirektem Wege zu:

„General Skobelew erschien am Sonntag Abend in dem Offizierklub und sprach sich über sein Verhältniß zum Zaren aus. Er erklärte, Alexander III. billige innerlich gewiß seine Reden, der Zar könne dies aber öffentlich nicht zeigen, weil Rußland allzusehr von Deutschland abhängt.

Nach anderweiten Mittheilungen kehrt General Skobelew demnächst nach Minsk zur Wiederübernahme seines Kommandos zurück. Auch der am Sonntag vollzogenen Taufe der jüngst geborenen Tochter des Großfürsten Wladimir, der Großfürstin Helene, hat Skobelew in seiner Eigenschaft als Generaladjutant beigewohnt.

— Von einem Sturm auf eine Zeitungsredaktion in Konstantinopel wird der Wiener „N. Fr. Pr." unterm 10. d. geschrieben:

Die Bureaus des hier in griechischer Sprache erscheinenden Journals „Neologos" waren gestern der Schauplatz tumultuöser, ja selbst blutiger Szenen. Das genannte Journal, das zu den bestredigirten Blättern der türkischen Metropole zählt, unterhält schon seit geraumer Zeit einen heftigen Kampf gegen den ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Joachim III. In seiner gestrigen Nummer hatte „Neologos" einen leidenschaftlichen Artikel gegen den Patriarchen publizirt; als dies bekannt wurde, entrissen begeisterte Anhänger Sr. Heiligkeit Joachims III. den Kolporteuren die Zeitungen, steckten sie auf hohe Stangen und zogen nach der Börse in Galata, vor welcher die Zeitungsblätter unter den Rufen: „Es lebe der Patriarch! Nieder mit dem Neologos!" öffentlich verbrannt wurden. Von hier wälzte sich die Menschenmasse, die auf 4000 Personen angewachsen war, unter entsetzlichem Lärm nach dem Redaktionsgebäude des genannten Journals. Der Chef-Redakteur Vulyras erschien an einem Fenster des Gebäudes und befragte die Menge, was sie eigentlich wolle. Als Vulyras sich zeigte, stürzte sich ein mit einem Dolche bewaffnetes Individuum auf ihn und wollte auf ihn eindringen, als ein bei dem Journale beschäftigter Arbeiter dem Angreifer mit einem derben Stockhiebe die Waffe aus der Hand schlug. In diesem Momente trat der Redakteur Karidis aus dem Hause, mit einem Revolver in der Hand. Als die wüthende Menge seiner ansichtig ward, stürzte sie sich auf den unglücklichen Journalisten, der hierbei einen schweren Schlag auf den Schädel und einen Stich in das rechte Schulterblatt erhielt; doch besaß er noch so viel Kraft, um seinen Revolver abzufeuern, und er verwundete drei seiner Angreifer. Erst als der Tumult auf das Höchste gestiegen war, erschien die Polizei und verhaftete einige Tumultuanten, während Karidis, im Blute schwimmend, nach seiner Wohnung gebracht wurde. Die türkische Presse giebt ihrem Abscheu und ihrer Entrüstung über dieses unqualifizirbare Vorgehen des Pöbels entschiedenen Ausdruck.

— Der frühere Reichstags-Abgeordnete für Bremen, Herr Mosle, hat seine Ankündigung, nach Brasilien auszuwandern, falls er nicht wiedergewählt würde, wahr gemacht. Die „Deutsche Zeitung für Brasilien" meldet aus Rio de Janeiro: „Herr Alexander Mosle, früher Chef eines hiesigen bedeutenden Exporthauses und Generalkonsul der freien Stadt Bremen, dann in seiner Vaterstadt Bremen zum Reichstagsabgeordneten gewählt, hat sich nach langjährigem Aufenthalte in Europa wieder bei uns angesiedelt und hier unter der Firma A. G. Mosle u. Co. ein neues Handels-Etablissement eröffnet, gemeinschaftlich mit Herrn A. C. Düvel. Die Gründung einer Filiale in Macahé Imbetiba zum Behufe direkter Ausfuhr brasilianischer Produkte nach den auswärtigen Absatzgebieten ist in Angriff genommen."

Ausland.

Wien, 15. März. Ein Wortgefecht, welches sich in der gestrigen Sitzung des kroatisch-slavonischen Landtags zwischen dem Präsidenten Krestics und dem Abgeordneten David Starcsevics entwickelt, ist zu bezeichnend für den Haß, mit welchem gewisse Kreise des vielsprachigen Kaiserreichs Alles, was deutsch heißt, verfolgen, als daß wir es übergehen könnten. Wir folgen dabei einem Agramer Telegramm des „Pester Lloyd":

„Als nach Eröffnung der Sitzung Präsident Krestics die Einläufe, darunter auch den Bericht über den Empfang der Adreß-Deputation beim König, zur Kenntniß brachte, rief David Starcsevics, dem Präsidenten ins Wort fallend: „Ist es wahr, daß die Adresse dem König in deutscher Uebersetzung überreicht wurde? Ist dieser Landtag ein deutscher?" Präsident (läutet): „Ich werde auf eine so gestellte Frage nicht antworten." — Starcsevics (auffahrend): „Haben Sie wirklich eine deutsche Adresse übergeben?" Der Präsident, welcher fortwährend läutet, erklärt, er werde auf allfällige Fragen nach Verlesung der Einläufe repliziren. — Nunmehr gelangt das königliche Reskript, womit der Landtag zur Wahl von vier Mitgliedern in die Regnikolar-Deputation zur Regelung der Fiumaner Angelegenheit aufgefordert wird, zur Verlesung. Nachdem dasselbe einem Ausschusse zur Berichterstattung überwiesen worden, wiederholte Starcsevics seine Frage, ob es wahr sei, daß die Deputation dieses „sogenannten hohen Hauses" dem König eine deutsche Uebersetzung der Adresse überreichte. — Der Präsident ersucht den Abgeordneten, andere Ausdrücke zu wählen und die Würde des Hauses zu respektiren. — Starcsevics (unter dem Läuten des Präsidenten und dem Lärm der Abgeordneten weiter sprechend, zum Präsidenten gewendet): „Sie waren in Budapest und in Wien und sind nicht gescheidter zurückgekommen. In diesem hohen Hause werden Räubereien verübt." Der Präsident rief den Abgeordneten wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung, aber Starcsevics ließ sich dadurch nicht irre machen, sondern fuhr fort: „Ich weiß doch, daß in diesem hohen Hause über eine deutsche Adresse verhandelt wurde. Sie haben ja gehört, wie Skobelew diese Nation und diese Sprache gekennzeichnet hat!" — Präsident Krestics antwortete, daß die Adresse kroatisch verfaßt und dem König übergeben wurde, und daß die deutsche Uebersetzung nur für die Umgebung des Monarchen zur Information beigeschlossen worden sei. Als er zum Schluß bemerkte: „Uebrigens wissen wir ja Alle, daß in Wien nicht kroatisch gesprochen wird", rief Starcsevics dazwischen: „Aber Steuern können sie bei uns eintreiben!"

Damit war der Zwischenfall erledigt und die Verhandlungen konnten fortgesetzt werden.

Die Konfiskation österreichischer Zeitungen wegen Veröffentlichung nichtamtlicher Berichte vom Schauplatze des Aufstandes geht lustig weiter. Wie in Brünn, so wurden gestern auch in Graz zwei Blätter wegen Abdrucks nicht offizieller Berichte aus der Crivoscie mit Beschlag belegt, darunter auch die halbamtliche „Tagespost". Die Konfiskation der Brünner Blätter wurde gestern vom Senat des dortigen Landesgerichts nach dreistündiger Sitzung bestätigt, hauptsächlich wegen der Wiedergabe eines dem „Pester Lloyd" entnommenen Berichtes über die letzte entscheidende Aktion der österreichischen Truppen. Der „Pester Lloyd" selbst sammt dem gefährlichen Bericht liegt jedoch in allen Cafés von Brünn unbeanstandet auf. (Trib.)

Paris, 15. März. Die nächsten Dienstag stattfindende Wahl der wichtigen Budgetkommission beschäftigt sehr in parlamentarischen Kreisen und ist Anlaß zu manchen Parteimanövern und Intriguen. Die gegenwärtigen ministeriellen republikanischen Gruppen scheinen nämlich zu beabsichtigen, Gambettas Freunde, die sogenannte Union republicaine, möglichst aus der Budgetkommission auszuschließen und sowohl die Wahl Gambettas selbst, wie auch die eventuelle Ernennung Rouviers, des gambettistischen Exhandelsministers, zu hintertreiben. Bereits sind Verhandlungen zwischen den Vertrauensmännern der antigambettistischen Republikaner und der Rechten angeknüpft, um die Stimmen der letzteren für diesen Plan zu sichern gegen Einräumung einiger Mitglieder der Budgetkommission an die Rechte. Bisher waren diese immer vollständig aus der Kommission ausgeschlossen gewesen. Die Feindseligkeit der republikanischen Majorität gegen die Gambettisten äußert sich auch bei den Wahlen zu anderen Kommissionen, aus denen man diese systematisch auszuschließen sucht, wie andererseits die verschiedenen Kommissionen die bekannten Gesetzesprojekte des Ministeriums Gambetta meistens ohne weitere Berücksichtigung oder Diskussion bei Seite schieben. Uebrigens wird aus guter Quelle mitgetheilt, daß Gambetta persönlich auf jede Kandidatur zur Budgetkommission verzichtet. Der sonach voraussichtliche Kampf zwischen den Gambettisten und den Antigambettisten verleiht jener Wahl am nächsten Dienstag ein gewisses außergewöhnliches Interesse. Daneben dauert der kleine Krieg der gambettistischen Presse gegen die Kammermehrheit und das Ministerium Freycinet ungeschwächt fort, so beispielsweise wird die Ernennung Andrieux zum Botschafter in Madrid auf das Lebhafteste von ersterer kritisirt. Die vom „Voltaire" veröffentlichten Mittheilungen über die Details der regierungsseitig beabsichtigten Reorganisation von Tunis werden offiziös dementirt. Das Gerücht von der Entsendung Waddingtons in geheimer Mission bezüglich des Konkordats an den Vatikan ist unbegründet. Es wäre dies schon deswegen unwahrscheinlich, weil Waddington Protestant ist.

Provinzielles.

Stettin, 17. März. Vom Herbst dieses Jahres ab gelangt für das deutsche Reich allgemein die zwölfjährige Dienstpflicht zur Einführung. Es ist demnach Bedingung, daß im Herbst dieses Jahres zwei Jahrgänge, das sind 1868 und 1869, zum Landsturm übergeführt werden, während bei der nächsten Frühjahrskontrolversammlung der Jahrgang 1870 zum Landsturm übergeführt wird. Der Jahrgang 1868 und 1869 nimmt an der diesjährigen Frühjahrskontrolversammlung nicht Theil, dagegen aber im Herbst dieses Jahres.

— Uns wird aus Lauenburg geschrieben: Es wird wohl jedem Leser von Interesse sein zu erfahren, wie die Mittel zu der neuen Orgel in der katholischen Pfarrkirche zu Lauenburg beschafft wurden. Wie schon in früheren Artikeln Ihres geschätzten Blattes erwähnt wurde, war das Bedürfniß einer neuen Orgel für diese Kirche schon seit langen Jahren eingetreten, aber da keine Mittel vorhanden, und da die Gemeinde aus nur armen Mitgliedern besteht, so war der Neubau einer zu der schönen alten Kirche passenden Orgel, welche auf 6150 M. veranschlagt ist, unausführbar. Da wandte sich die Gemeinde an Se. Majestät unseren allergnädigsten Kaiser mit der ganz unterthänigsten Bitte um ein Gnadengeschenk zu diesem schönen Zwecke, und hatte die Gemeinde die große Freude, ein Drittel der Kosten als Geschenk zu erhalten. Es blieben da aber noch für die Gemeinde über 4000 M. aufzubringen, welche zu erschwingen unmöglich waren. Zu diesem Behufe wurde nun eine Verloosung vom Ministerium erbeten, welche denn auch, ins Werk gesetzt, einen großen Theil der Kosten für die Gemeinde deckte. Hierbei sei noch besonders erwähnt, daß der königliche Kommissionsrath Herr Richard Wolkenhauer in Stettin als erste Prämie ein Pianino im Werthe von 800 Mark schenkte und noch dazu 200 Loose für sich ankaufte, also einen nominellen Gesammtbeitrag von 1000 M. für diesen Zweck spendete, wofür die Gemeinde ihm den herzlichsten und innigsten Dank schuldet, da er ganz besonders zum Gelingen dieses schönen Werkes beigetragen hat.

— Für weitere Kreise wird es von Interesse sein zu erfahren, daß der Kaiser soeben die Bestimmungen über die Uebungen der Ersatz-Reservisten erlassen hat. Es sollen in diesem Jahre Ersatzreservisten 1. Klasse zu einer erstmaligen 10-wöchentlichen, und Leute, die diese Zeit bereits 1881 absolvirt haben, zu 4wöchentlicher Uebung einberufen werden. Die erste Kategorie umfaßt 16,000, die zweite 13,700 Mann. Die Einberufung findet nur bei der Infanterie, den Jägern, der Fußartillerie und den Pionieren statt; letztere werden zu einer neuen Uebung in diesem Jahre indessen nicht herangezogen. Die übenden Ersatz-Reservisten werden im Allgemeinen bei der Infanterie in eine Kompagnie bei jedem Regiment, bei der Fußartillerie und den Pionieren in eine Kompagnie bei jedem Bataillon und bei den Jägern in ein Detachement bei jedem Bataillon formirt. Die Zeit für die Uebungen aller Waffen ist auf die Herbstmonate mit der Maßnahme festgesetzt, daß die Uebungen bis zur Einstellung der Rekruten beendet sind. Die zum zweiten Male übenden Ersatz-Reservisten sind bei der Infanterie in besondere Kompagnien zu formiren, bei den Jägern und der Fuß-Artillerie aber der vorhandenen Ersatz-Reserve Detachements bezw. Kompagnien zuzutheilen. Das Kriegsministerium hat nun weiter befohlen, daß der Zweck der ganzen Institution in dem Wunsche begründet ist, im Bedarfsfalle schneller als bisher über brauchbaren Ersatz für die Feldtruppen zu verfügen. Es kommt daher darauf an, den Leuten in kurzer Zeit eine Ausbildung zu Theil werden zu lassen, welche sie befähigt, im Rahmen eines aus vollkommen ausgebildeten Mannschaften formirten Truppentheils ihre Funktionen zu erfüllen. Turnen am Geräth und Bajonnetfechten sind daher von den Uebungen auszuschließen, auch ist von einer parademäßigen Ausbildung Abstand zu nehmen. Dagegen ist auf die Ausbildung des einzelnen Mannes im Terrain und im Schießen von vornherein ein besonderer Nachdruck zu legen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Hans Heiling." Oper 3 Akten.

Frankfurt a. M., 13. März. Das Freie deutsche Hochstift wird voraussichtlich am 26. März, zum Gedächtniß an den fünfzigjährigen Todestag Goethe's, eine Festsitzung abhalten.

Vermischtes.

— In Rheinland wird gegenwärtig durch einen Reisenden ein Artikel vertrieben, den wir nicht anders als gemeingefährlich bezeichnen können. Derselbe besteht in zwei verschiedenen Flüssigkeiten, die es in ihrer Vereinigung ermöglichen, jede Tinte von jedem beliebigen Papier derart zu entfernen, daß auch nicht eine Spur der vorhanden gewesenen Schrift zurückbleibt. Die Manipulation besteht einfach darin, daß man die zu vertilgende Schrift zunächst mit der Flüssigkeit des einen Fläschchens bestreicht, dann sofort die Flüssigkeit des anderen Fläschchens aufträgt und nunmehr die Schrift durch ein kleines trockenes Schwämmchen aufsaugen läßt. Man hat mit diesem Mittel, welches 1 Mk. 50 Pfg. kostet, bei den verschiedenen Tintensorten (Anilin-, Aleppo-, Alizarin- und Gallustinte) Versuche auf verschiedenen Papierarten angestellt und überall dasselbe Resultat erzielt, daß die Schrift vom Papier verschwand, ohne daß das letzte irgendwie angegriffen wurde. Wir hoffen, daß die „Industrie-Blätter" sich dieses höchst bedenklichen Industrie-Mittels bemächtigen werden, damit der solide Handel vor den für ihn höchst bedenklichen Resultaten der neuen Erfindung nach Möglichkeit geschützt werde.

— (Eine Meyerbeer-Anekdote.) Meyerbeer pflegte Anfangs der 60er Jahre Bad Kissingen und Bad Schwalbach fast allsommerlich zu besuchen. Denen, welche um die genannte Zeit in Schwalbach sich aufhielten, steht die hagere, mühsam an einem langen Schirme sich dahinschleppende Erscheinung mit der auffallend großen Nase gewiß noch in Erinnerung. Der Künstler wohnte dort Jahr für Jahr in einem kleinen Stübchen des Pfarrers N., der ihn um seines Klavierspielens willen spottbillig beherbergte. Daß Sparsamkeit dem Tonmeister über Alles ging, ist ja bekannt, hat er doch immer für nur 14 Pfennige sich barbieren lassen. Eines Morgens nun, als Meyerbeer zu gewohnter Stunde sich erhoben hatte, um frühzeitig nach dem Brunnen zu humpeln, fand sich im Gärtchen des Pfarrhauses ein Männerquartett ein, dem Gefeierten ein Morgenständchen zu bringen. „Das ist der Tag des Herrn", klang es aus den Kehlen der Viere und — unwillig über die frühe Störung erschien Meyerbeer halb angekleidet im Fenster, sich die Gesellschaft näher zu betrachten. Als der Gesang beendet war, sprach der Künstler mürrisch ein paar unumgängliche Dankesworte und fragte dann plötzlich, wer denn eigentlich den zweiten Baß gesungen habe. „Ich, königlicher Musikdirektor", sprach vortretend freudig betroffen der Eine. Aber o weh: „Falsch, grundfalsch", polterte der Komponist und — schlug das Fenster wieder zu. Tableau!

Telegraphische Depeschen.

München, 16. März. Gräfin Schönborn, Tochter des Botschafters Fürsten Hohenlohe, ist an der Diphtheritis lebensgefährlich erkrankt. Der Botschafter trifft heute Abend hier ein.

Wien, 16. März. Die Kaiserin ist wieder hier eingetroffen und wurde von dem Kaiser und dem kronprinzlichen Paare am Bahnhofe empfangen.

Die Finanzkommission des Herrenhauses nahm die Erhöhung des Petroleumzolles an.

Paris, 16. März. Das „Journal des Débats" schreibt, die Existenz des gegenwärtigen Kabinets basire zwar auf dem Budgetprogramm des Finanzministers Say; aber das Kabinet werde seine Entlassung nicht nehmen, wenn die am 21. zu wählende Budgetkommission demselben gegenüber sich ablehnend verhalten sollte. Das Kabinet werde vielmehr die öffentliche Diskussion in der Kammer abwarten, welche nöthig sei, um in klarer Weise festzustellen, auf welcher Seite die Verantwortlichkeiten liegen. Die Lösung der Frage sei in Folge dessen noch auf mehrere Monate hinausgeschoben.

Petersburg, 16. März. Der „Regierungs-Anzeiger" meldet, daß der Reichsrath die Errichtung von Konsulaten in Berlin und Wien, sowie auch einiger Konsulate in China und Kaschgar und die Errichtung des Postens eines zweiten Sekretärs bei der Gesandtschaft in China bestätigt hat.

Petersburg, 16. März. Das „Journal de St. Petersbourg" meint, eine schnelle Lösung der Frage der Kriegsentschädigung sei sogar im Interesse der Pforte und namentlich der Bondholders nothwendig, wenn nicht, so werde die Pforte unter Berufung auf den Protest Rußlands gewisse Einkünfte zurückhalten, ohne weder Rußland noch auch die Bondholders zu bezahlen.

Petersburg, 16. März. Die Abreise des Großfürsten Wladimir und Gemahlin hat vorläufig um etwa 8 Tage verschoben werden müssen, da der älteste Sohn an Diphtheritis erkrankt, und jetzt auch der jüngere Sohn stark erkältet ist.

Bukarest, 15. März. Der Senat genehmigte den Gesetzentwurf betreffend den Ankauf der Eisenbahnlinie Cernawoda-Kustendje für 16,800,000 Francs.

Bukarest, 16. März. Die Deputirtenkammer bewilligte der Regierung eine Anleihe von 2 Mill. Francs bei der Depositenkasse zur Unterstützung der in Folge der vorjährigen Mißernte nothleidenden bäuerlichen Bevölkerung.